

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 52

Hamburg, den 26. Dezember 1919.

4. Jahrg.

Inhalt:

Bolschewismus und Sozialisierung.....	Seite 937
Die Entwicklung des Rupienkurses.....	„ 939
Länder-Berichte:	
England	„ 941
Australien.....	„ 943

Weltwirtschaftliche Übersichten:

Geld und Kapital	Seite 945
Schiffahrt und Schiffbau	„ 945
Rohstoffe und Warenmärkte.....	„ 947

Bolschewismus und Sozialisierung

Wir geben im folgenden mit Erlaubnis des Verfassers und des Verlages einen Auszug des ersten Teils des auf der Herbsttagung des Vereins für Sozialpolitik gehaltenen Referats über das Sozialisierungsproblem wieder. Eine vollständige stenographische Niederschrift soll in Kürze in den Veröffentlichungen des Vereins erscheinen, zusammen mit den übrigen Gutachten und Referaten von Dr. Vogelstein, Prof. Dr. Eulenberg u. a., im Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig.

Die Frage der Sozialisierung ist seit dem deutschen Zusammenbruch im November 1918 aufgetaucht. Daß gerade dieses Wort aufkam, ist bemerkenswert. Denn damit ist gesagt, daß man Sozialismus machen will, und wenn man Sozialismus machen will, so ist damit gesagt, daß man glaubt, Sozialismus machen zu können. So steht am Beginn jeder Diskussion über das Problem der Sozialisierung schon dem Wortsinn nach die Frage: welche Bedeutung hat das Moment des Willens in der sozialen Entwicklung? Sind wir Herren oder Knechte der „geschichtlichen Notwendigkeit“?

Die sozialistische Lehre ist in dieser Frage zu einer communis opinio nicht gelangt. Der ältere Sozialismus denkt überwiegend voluntaristisch. Im spätern Sozialismus, besonders im Marxismus, spielt der Begriff der geschichtlichen Notwendigkeit eine größere Rolle. Auch in der Frage der Sozialisierung scheiden sich scharf zwei Richtungen voneinander. Für die eine sei das Schlagwort des Bolschewismus gebraucht, obwohl er nicht alle voluntaristischen Strömungen und Tendenzen (Ballod, Neurath usw.) deckt. Die andre kann mit dem Sammelnamen des „wissenschaftlichen Sozialismus“ bezeichnet werden.

Der Bolschewismus ist eine rein voluntaristische Strömung. In den extremen Formen dieser Bewegung wird von der Beschaffenheit der besonderen historischen Situation überhaupt abgesehen. Es wird auf den Grundgedanken des Marxismus verzichtet, daß in der Entwicklung ein bestimmtes Stadium eingetreten sein müsse, bevor die Realisierung des sozialistischen Ziels möglich sei. Der Bolschewismus knüpft vielmehr an die elementarsten, immer gegebenen revolutionären Instinkte der Massen an. Weil er Auflehnung, Revolution selbst um den

Preis der Zerstörung ist, nimmt in ihm der Sozialismus die Form eines politischen Programms an. Er verkörpert die Empörung gegen jede eingeleitete Ordnung, den Protest der menschlichen Seele gegen jede Vergewaltigung; er betont dagegen erst in zweiter Linie die inneren Widersprüche im Kapitalismus. Diese sind ihm nur Anlaß und Argument, der Reifegrad der kapitalistischen Entwicklung ist ihm gleichgültig. Daher stammen die Sympathien, welche ihm soziologisch ungeschulte Intellektuelle so häufig entgegenbringen. Auch die Sozialisierung ist infolgedessen für den Bolschewismus ein politisches Problem, das man, wenn es nicht anders möglich ist, auf dem Wege der Gewalt realisieren muß. Und darin liegt der entscheidende Differenzpunkt zwischen dem Bolschewismus und dem wissenschaftlichen Sozialismus: in der Rolle, welche die Gewalt in der geschichtlichen Entwicklung spielt. Der Bolschewist steht hier in dem denkbar schroffsten Gegensatz zum Sozialisten (wie ich nun die beiden Typen nennen möchte), der die Entwicklung nicht zwingen, sondern höchstens lenken und beschleunigen will.

Für die bolschewistische oder kommunistische Methode, von der heute so viel gesprochen wird, und zwar in einer Bedeutung, als ob es nie ein kommunistisches Manifest gegeben hätte, ist der ökonomische Zustand vergleichsweise nebensächlich. Taktik und Zuwarten hat für den Bolschewismus lediglich die Bedeutung, daß die politische Situation reif für die Tat sein muß. Daß die Welt für den Sozialismus „reif“ ist, bedeutet für ihn nicht, daß ihre Struktur zum Sozialismus drängt, sondern daß psychologische Angstzustände entstehen — sei es wegen Kohlennot oder wegen Nahrungsmangels — die als Explosivstoffe benutzt werden können, mit deren Hilfe die soziale Ordnung aus den Angeln gehoben und verändert werden kann. Aus der allgemeinen Voraussetzung des Bolschewismus, daß die Volkswirtschaft mit Gewalt umgeformt werden kann, ergibt sich dann, daß sich der Bolschewismus vorwiegend der Heimkehrer und Arbeitslosen bedient, daß er — seiner These nach die Bewegung des Proletariats — tatsächlich zu einer Klassenbewegung

innerhalb des Proletariats geworden ist, das er spaltet; ergibt sich letzten Endes, daß gar keine ideelle Gemeinschaft mehr besteht zwischen der Gruppe von Führern, welche dem Sozialismus zustreben, und der Masse, die lediglich als Werkzeug gebraucht, und je nach der Situation auch behandelt wird.

So erklären sich die Forderungen des Bolschewismus, welche einem wissenschaftlichen Sozialisten eigentümlich und auch etwas absurd erscheinen müssen, daß z. B. vorwiegend mit Forderungen operiert wird, welche dem Sozialismus unwesentlich, ja konträr sind (z. B. bedenkenlose Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung): alles aus der Intention heraus, das System zu erschüttern, zu zerbrechen, die politische Macht zu erobern, und dann die sozialistische Ordnung zu etablieren.

Die Ordnung soll durch zwei Klassen von Maßnahmen heraufgeführt werden: Erstens solche, welche die Menschen als Konsumenten und zweitens solche, welche die Menschen als Produzenten erfassen.

Die Maßnahmen der ersten Gruppe, z. B. die Requisition von Bourgeois-Wohnungen für das Proletariat, das Wegnehmen und Verteilen von Gebrauchsgegenständen, laufen darauf hinaus, alle von der kapitalistischen Produktion geschaffenen Werte mechanisch in die Hände des Proletariats zu geben. Dieser Konsumentenkommunismus ist etwas durchaus Primitives. Er knüpft an die Verwilderung während des Krieges an. Er kann das System der Volkswirtschaft nicht entscheidend verändern, weil heute die Bedingungen, unter welchen die Gleichheit des Einkommens produktionspolitisch vorteilhafte Wirkungen haben könnte, nicht gegeben sind. Der Bolschewismus muß das Vorhandensein eines großen ethischen Kapitals im Proletariat postulieren. Die bürgerliche Revolution des Jahres 1789 hatte durch die intellektuelle Überlegenheit ihrer Bewegung den Sieg davongetragen. Nur unter analogen Voraussetzungen wäre die Gleichheit des Einkommens eine sehr starke Triebkraft. Tatsächlich kann aber der Bolschewismus nicht in einer solchen Situation operieren. Er hat mit einem Proletariat zu rechnen, dessen moralischer Habitus durch den Krieg empfindlich gelitten hat und so wird der Konsumentenkommunismus zu einer Maßnahme agitatorischen Charakters, die keine fruchtbaren sozialen Kräfte entfesselt.

Durch eine zweite Gruppe von Maßnahmen soll in einem Moment die gesamte Produktion in eine sozialistische umgewandelt werden, (Es ist bei diesen Darlegungen zu beachten, daß sie sich auf die zu uns gelangten, nicht absolut beglaubigten Nachrichten stützen müssen und daß ihnen daher ein Moment der Unsicherheit anhaftet.) In der agraren Sphäre wird der Versuch gemacht, den großen Grundbesitz zu zerschlagen. Das bringt den Verlust so mancher produktionstechnischer Errungenschaften mit sich. Der Bolschewismus nimmt zwar die Grundrente den bisherigen Nutznießern weg, wenn er das Land den Bauern gibt; aber er vernichtet sie zugleich. Die Erträge sinken. Es wird eine Kleinbauern-Agrarwirtschaft geschaffen. Die Überführung der Grundbesitze in die Hände von Produktivgenossenschaften von Landarbeitern hat, wie berichtet wird, meistens versagt, so daß in der agrarischen Sphäre die bolschewistische Bewegung überwiegend individualistischen Kleinbesitz mit sich bringt. Ihr Sinn ist auch in der Hauptsache politisch: Die Masse der ländlichen Bevölkerung entweder für das bolschewistische Regime zu gewinnen, oder sie wenigstens zu neutralisieren.

Interessanter sind die Maßnahmen in der industriellen Sphäre. Der Bolschewismus will die ganze volkswirtschaftliche Produktion, die Zirkulation, das Geld- und Kreditsystem erfassen. Hierbei wird die Scheidung in Groß- und Kleinbetrieb,

Fabrik und Handwerk, akzeptiert. Das Handwerk bleibt als privatwirtschaftliches Rudiment bestehen und soll späterhin durch die Entwicklung hinweggeschwemmt werden. Hingegen werden die Großbetriebe in die Hand der „Gesellschaft“ gegeben. Dies erfolgt durch Übergabe der Fabriken an die Arbeiter (in der ersten Phase; jetzt sollen Ansätze zur Organisation ganzer Wirtschaftszweige gegeben sein). Diese wählen den Führer, welcher den Betrieb leitet. Da keine Entschädigung an die Vorbesitzer gegeben wird, auch kein Teil des Ertragnisses nach den uns zugekommenen Nachrichten an die Allgemeinheit abgeführt wird, so verwandelt der Bolschewismus die Produktionsbetriebe in eine Reihe von Produktivgenossenschaften, schafft also etwas ganz anderes, als was dem sozialistischen Gedanken ursprünglich zugrunde lag. Dabei bleibt der ganze Mechanismus der kapitalistischen Produktion: Markt, Preisbildung, Spiel von Angebot und Nachfrage prinzipiell weiter bestehen, wenngleich er starke Störungen erfährt. Folgt nun aus diesem Resultat, daß die Sozialisierung als „Vollsozialisierung“, uno actu, nicht möglich ist? Oder könnte sie, wenn auch anders, versucht werden, und wie wäre das möglich?

Eine radikale Sozialisierung des Wirtschaftslebens kann aber zwei und nur zwei Wege wählen. Die eine Möglichkeit würde darin bestehen, von einer Zentralstelle aus eine Organisation des ganzen Wirtschaftslebens zu schaffen, eine Organisation, welche sämtliche Produktionszweige in sich schließt und ins Gleichgewicht bringt. Diese Methode kann aber in einem Wirtschaftsgebiet, wie es Rußland oder Ungarn ist, deshalb nicht zur Verwendung kommen, weil ja ein gewisser Reifegrad kapitalistischer Entwicklung dazu gehört, uns eine Vororganisation des ökonomischen Prozesses zu schaffen, welche als Grundlage sozialistischer Wirtschaft dienen könnte. Wenngleich Rußland und auch Ungarn große Industrie haben, so ist doch die Volkswirtschaft als Ganzes nicht durchorganisiert. Die Großindustrie ist gleichsam nur wie eine Zahl von Inseln in einem andersartigen Medium der Volkswirtschaft zerstreut. Eine solche Organisation der ganzen Volkswirtschaft von zentraler Stelle aus wäre technisch nur in einer hochentwickelten Volkswirtschaft möglich; aber sie wäre auch dort an Bedingungen geknüpft, welche nirgends in Europa gegeben sind und welche durch das Mittel der politischen Aktion nicht ersetzt und geschaffen werden können.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Sozialisierung durch Mittel vorzunehmen, welche eigentlich der Marktwirtschaft angehören. Man versucht also, die Automatik des kapitalistischen Marktes so zu verändern, daß diejenigen Resultate herauspringen, welche der Bolschewismus postuliert. So versuchte man in Ungarn die Preisdaten, welche für das Proletariat wichtig sind, in dieser Richtung zu ändern, und damit den Verteilungsprozeß so zu gestalten, daß die Kaufkraft des Proletariats allmählich und rasch die Kaufkraft der kapitalistischen Schicht überflügelt. Durch eine Veränderung der Löhne und eine Beeinflussung der Preise sucht man das Resultat zu erreichen, das durch die Organisation der Wirtschaft nicht erreicht werden kann.

Diese Methode kann aber das Weiterbestehen des Marktmechanismus, der Preise und des Geldes nicht verhindern, setzt es vielmehr voraus. Sie unterwirft sich daher den Gesetzen dieses Marktes. Damit aber ist schon gesagt, daß ein solches Beginnen fruchtlos ist. Weder Überwälzungserscheinungen, noch Fernwirkungen solcher diktatorisch bestimmten Preisdaten können auf die Dauer verhindert werden. Tatsächlich hat die Methode, die in Ungarn praktiziert wurde, um das Proletariat durch enorme Lohn-erhöhungen kaufkräftiger zu machen, nur zu einer Reihe von

wilden Überwälzungsvorgängen geführt, zu Preisbewegungen, die nicht mehr gemeistert werden können. Letzten Endes kommt es zu einem Wettlauf zwischen Kapital und Einkommen, und es wird eine Situation geschaffen, in welcher die Arbeiterkraft der ihnen zwangsweise zugeteilten höheren Kaufkraft imstande sind, den größten Teil der Konsumgüter zu verbrauchen und die Produktion überwiegend für sich arbeiten zu lassen, während die Investitionen und damit die Möglichkeit einer kontinuierlichen Produktion selbst in Frage gestellt werden. Im günstigsten Falle, d. h. wenn die Gütererzeugung keine Unterbrechung und keine Schmälerung erfährt, und wenn die Herstellung von Produktionsmitteln sichergestellt würde, — würde diese Methode doch zur Naturalwirtschaft, und zwar zwecks Sicherstellung einer Mindestversorgung jedes einzelnen führen. Es wird sich aber vermutlich auch rasch eine Art von Arbeitermerkantilismus herausbilden. Denn nirgends sind die Bedingungen, unter denen er sich auswirkt, derart, daß er wirklich das Gesamte der Volkswirtschaft zu organisieren vermöchte. Im Wettlauf mit der ihm vorerst noch überlegenen ökonomischen Maschine des internationalen Kapitalismus (die immer die Tendenz hätte, ihn wirtschaftlich matt zu setzen), müßte er unterliegen oder den Vorsprung des Kapitalismus durch merkantilistische Maßnahmen auszugleichen trachten.

Die Eigenart der bolschewistischen Taktik würde sich erheblich ändern können, wenn sie eine internationale Erscheinung wäre, wie denn überhaupt Sozialismus nur international möglich ist. Ferner zeigt sich, daß der Bolschewismus, der Sozialismus der Isolierung und des Mangels nur dort möglich ist, wo das Proletariat die politische Gewalt erobern kann, und daher gerade überall dort, wo primitivere Zustände herrschen und wo die anderen Klassen leichter überwältigt und zeitweise außerstand gesetzt werden können, ihr politisches und ökonomisches Gewicht in die Wagschale zu werfen. Daraus folgt die paradoxe Situation, daß das Proletariat um so schwerer die Macht erobern kann, je mächtiger es ist. Denn je mächtiger es ist, um so mächtiger, um so kapitalistischer ist auch die Wirtschaft, in der es steht, und in der höchstgesteigerten kapitalistischen Volkswirtschaft sind Veränderungen, die sich lediglich auf Gewalt stützen, auf die Dauer nicht möglich.

Alle Sozialisierungsversuche müssen damit rechnen, daß der Kapitalismus nicht ein morsches Wirtschaftssystem ist, das durch eine leichte Einwirkung von außen her erschüttert werden könnte. Die Marx'sche These, daß dieses System im Fortgang der Entwicklung immer labiler würde, hat sich als irrig erwiesen. Man kann höchstens sagen, daß es nicht alle in ihm liegenden technischen Möglichkeiten ausnützt und daß es zu großen inneren psychologischen Krisen führt. So

sehr dieser Umstand die sofortige Durchführung eines alle Zweige der Volkswirtschaft ergreifenden Sozialisierungsprogramms hindert, so liegt doch in ihm eine Gewähr für ein Gelingen von Sozialisierungsversuchen, die zunächst einzelne sozialisierte neben kapitalistischen Betrieben inmitten einer kapitalistischen Umwelt entstehen lassen.

Ob diese Methode gangbar ist, hängt davon ab, ob in der kapitalistischen Wirtschaft die einzelnen Unternehmungen oder Unternehmungsgruppen regellos nebeneinander bestehen oder ob die Volkswirtschaft eine einheitliche planmäßige Struktur zeigt. Meine Meinung geht dahin, daß die kapitalistische Wirtschaft — und das trifft für die Gegenwart und für die Zeit vor dem Kriege viel stärker zu, als für die Zeit nach dem Kriege — tatsächlich einen Wirtschaftsplan realisiert hat. Das ist zum Teil Folgewirkung des Marx'schen Gedankenganges, denn der Organisationsgedanke (als Folge der Klassenkampffideologie) hat auch die Unternehmerschicht erfaßt. Infolgedessen können wir von einer Anarchie der kapitalistischen Produktion keineswegs sprechen, umso mehr als die kapitalistischen Großorganisationen zu einer Art selbsttätiger Regelung, zu einem innerkapitalistischen Beharrungszustand geführt haben. Wenn einzelne Wirtschaftszweige sozialisiert werden, so handelt es sich also nicht darum, daß die ersten Stücke eines umfassenden Planes in ein Chaos hineingebaut werden, gleichsam in ein wildes Meer, welches die Pfeiler einer neuen Ordnung wieder wegreißen könnte, sondern darum, daß ein bestehender Wirtschaftsplan ersetzt wird oder umgeformt wird zu einem andern Wirtschaftsplan. In diesem neuen, andern Wirtschaftsplan würde z. B. die Frage der Produktion, nämlich was produziert wird, in welchem Tempo produziert wird, anders gelöst werden, es würde auch der Inhalt der Produktion dadurch modifiziert werden, daß die entscheidenden Antriebe zur Produktion, die Bestimmung darüber, welche Waren produziert werden sollen, jetzt von anderen Kräften, auch von anderen politischen und ökonomischen Kräften ausgehen. Aber alle diese Umformungen können sich vollziehen, ohne daß die kapitalistische Wirtschaft und ihr Mechanismus aufgehoben werden müßte. Es ist ein sich-Hineinbauen in das bestehende Wirtschaftssystem oder ein allmählicher Umbau zur sozialisierten Wirtschaft eben deshalb möglich, weil die kapitalistische Wirtschaft einen Plan, einen regelmäßigen Kreislauf in sich schließt. Eine solche Hineinflechtung sozialisierter Wirtschaftszweige in den Kapitalismus könnte natürlich nicht die von mancher, wenig unterrichteter Seite gehegten Hoffnungen auf weitgehende Besserung der wirtschaftlichen Lage erfüllen, aber schließt doch auch nicht die Gefahren in sich, die jetzt mit solchem Nachdruck hervorgehoben zu werden pflegen.

Prof. Dr. Emil Lederer-Heidelberg

Die Entwicklung des Rupienkurses

Die Preisbildung der Rupie ist im wesentlichen auf zwei Gründe zurückzuführen. Die Rupie ist zunächst und in erster Linie ein Geldzeichen. Als solches wird sie im Ausland bewertet. Die Kaufleute, die Bezüge aus Indien zu bezahlen haben, müssen Rupien erwerben. Auf diese Weise wird Nachfrage nach Rupien erzeugt, die die Tendenz hat, den Kurs in die Höhe zu treiben.

Die Rupie ist nun aus Silber hergestellt, mithin auch ein Stück Silber, das als Material einer weiteren Bewertung unterliegt. Die Preissteigerung des Silbers in London und in New York erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß Silber in

großer Menge verlangt wurde, um es nach Indien zu schicken und dadurch den direkten Ankauf des indischen Zahlungsmittels, der Rupie, zu umgehen. (Vgl. „Wirtschaftsdienst“ Nr. 47 v. 21. 11. 19 „Die Preissteigerung des Silbers.“) Hat so der Silberbedarf Indiens einen gewichtigen Anteil an der neuerdings eingetretenen, höheren Bewertung des weißen Metalls, so könnte es andererseits natürlich nicht ausbleiben, daß gerade ein steigender Silberpreis wiederum im Sinne einer Erhöhung des Rupienkurses wirken mußte.

Nähme die offizielle Preisbestimmung der Rupie keine Rücksicht auf das Heraufschnellen des Silberpreises, so würde

die Rupie eingeschmolzen, um nach dem Material verwendet zu werden. Die Folge davon wäre, daß das indische Geldwesen des Geldes, auf dem seine Währung beruht, beraubt würde.

Die Wechselwirkung zwischen den indischen Devisenkursen und dem Silberpreis, die nach alledem für die Preisgestaltung der Rupie verantwortlich zu machen ist, kann hier nur angedeutet werden. Es kann hier auf die Abhandlung von Walter Mahlberg: „Über asiatische Wechselkurse“ (Kölner Studien zum Staats- und Wirtschaftsleben Heft IX, Bonn 1914) und auf die dort S. 38 und S. 40 aufgeführten Schriften verwiesen werden.

Unsere kurzen Ausführungen genügen jedoch, um begreiflich zu machen, daß der Rupienkurs während des Krieges und später mehrfach geändert werden mußte. Nicht nur, daß die indische Ausfuhr stark anwuchs, und daß im Zusammenhang damit lebhaft Nachfrage nach Rupien hervorgerufen wurde, auch der Revolution auf dem Silbermarkte war Rechnung zu tragen.

Zwar in den ersten drei Kriegsjahren ist es dem indischen Schatzamt möglich gewesen, an dem aus dem Frieden übernommenen Wertverhältnis zwischen englischer und indischer Währung, auf dessen Grundlage es durch die Bank von England Wechsel und telegraphische Auszahlung auf Indien abzugeben pflegt, festzuhalten. Bei der großen indischen Währungsreform von 1898 wurde die Relation zwischen Rupie und Pfund Sterling auf 1 Rupie = 16 d bemessen. Nicht weniger als nahezu 20 Jahre blieb es dabei, bis der Krieg auch diese anscheinend unerschütterliche Formel ins Wanken brachte.

Die erste Veränderung der überlieferten Relation zugunsten der Rupie fand im August 1917 statt. Damals wurde der Rupienkurs um nur 1 d, auf 17 d, erhöht.

Etwa $\frac{3}{4}$ Jahre lang konnte der Rupienkurs auf diesem Niveau gehalten werden. Im April 1918 mußte dann eine erneute Heraufsetzung der Rupie um wiederum 1 d, auf 18 d, erfolgen.

Die englisch-amerikanische Silberpolitik, die auf Stabilisierung des Silberpreises und zugleich der indischen Wechselkurse gerichtet war (vgl. „Wirtschaftsdienst“ Nr. 49 v. 5. 12. 19 „Silberteuerung und Silberpolitik“), setzte nun ein, und sie gelang so vortrefflich, daß während ihrer ganzen Dauer die Relation zwischen Rupie und Pfund Sterling nicht geändert zu werden brauchte.

Erst als diese Politik in Wegfall kam, als mit Aufhebung der den Silberpreis gewaltsam niederhaltenden Maßnahmen die scharfe Preissteigerung des Silbers zum Durchbruch gelangte, mußte von der Regierung wieder eingegriffen werden. So stürmisch und so ununterbrochen ging der Silberpreis in die Höhe, daß eine ganze Reihe von Heraufsetzungen des Rupienkurses hintereinander eintraten. Ein Ende dieser Entwicklung ist noch nicht abzusehen.

April 1919 wurde der Rupienkurs auf 20 d, August 1919 auf 22 d und September 1919 auf 24 d erhöht. Da die Rupie einen Silbergehalt von 10,7 g fein besitzt, während die Unze Silber (31,1 g fein) in London bereits mit 70 d und darüber notiert, entspricht der Silberpreis der Rupie heute (bei 70 d pro oz) einem Kurs von 23,65 d. Es braucht also nur noch eine geringe Steigerung der Londoner Notierung einzutreten, um der Rupie ein Aufgeld zu geben und eine abermalige Änderung der Relation zwischen Pfund Sterling und Rupie zugunsten der Rupie notwendig zu machen¹⁾. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß das Einschmelzen und Raffinieren der Rupienstücke zur Gewinnung ihres reinen Silbergehaltes

Unkosten verursacht, durch die die Grenze, bei der das Einschmelzen rentabel wird, eine Verschiebung nach oben erfährt. Es genügt also nicht, daß der Silberpreis so hoch steigt, daß der Silberwert der Rupie ihren jetzigen Kurs von 24 d erreicht und eben überschreitet, sondern der Silberpreis muß noch erheblich darüber hinausgehen. Damit hängt es zusammen, daß die bisher vorgenommenen Erhöhungen der Rupie zumeist der Entwicklung des Silberpreises nachhinkten. So kam beispielsweise dem im April 1919 eingeführten Satze von 20 d für die Rupie ein Silberpreis von $53\frac{3}{4}$ s/d pro Unze gleich. Das Silber stand aber damals in London schon auf 55 bis 58 d.

In der Absicht, eine weitere Erhöhung des Rupienkurses unnötig zu machen, ist von dem englischen Professor Slater („Manchester Guardian“ vom 23. 10. 19) vorgeschlagen worden, die englische 1 Pfundnote in Indien als gesetzliches Zahlungsmittel zur Geltung von 10 Rupien zu erklären. Diese Relation würde dem gegenwärtigen Rupienkurs entsprechen. Die Regierung soll nach diesem Plan gehalten sein, auf Verlangen einerseits Rupien, andererseits englisches Geld zu dieser Relation abzugeben, aber das Recht haben, wenn die Rupie steigende Tendenz zeigt, auf der Annahme englischer Noten, anstelle von Rupien, zu bestehen. Eine solche Politik, die den „Synchartismus“ — so nennt die staatliche Theorie des Geldes die gleichzeitige Geltung desselben Geldzeichens in verschiedenen Staaten — für England und Indien einführen würde, ist kaum zu verwirklichen, solange die Eingeborenen sich nicht einmal hinreichend an den Gebrauch indischen Papiergeldes gewöhnt haben. Die europäischen Handelshäuser, die Eisenbahngesellschaften und nicht zuletzt die Regierung selbst würden allenfalls in beschränktem Umfange von einer solchen Regelung Gebrauch machen.

Es ist nicht zu verkennen, daß in Indien während des Krieges mit der Einbürgerung des Papiergeldes bedeutsame Erfolge erzielt worden sind. Es wurden Rupien Scheine zur Geltung einer Rupie ausgegeben, die auch in Heften zu 25 Stück in den Verkehr gelangten. Am 7. 11. 19 waren für 17 647 Lakhs (von je 100 000 Rupien) im Umlauf, ungefähr dreimal so viel als Silbergeld, das zu dem gleichen Zeitpunkt auf 4994 Lakhs beziffert wurde.

Die Einlösung dieses Papiergeldes ist verschiedentlich durch die Ereignisse in Frage gestellt worden. Die stärkste Krisis mußte im April 1919 überwunden werden. Infolge der mit Wegfall der englisch-amerikanischen Silberpolitik eintretenden Preissteigerung des Silbers erfolgte damals eine so große Nachfrage nach Rupien, daß die Einlösung des indischen Papiergeldes kaum noch aufrecht zu erhalten war. Ein Bericht der Geldverwaltung von Bombay teilt mit, daß zwischen dem 9. und 13. 4. 19 die im Tagesdurchschnitt in Silbergeld zurückgezählte Summe über 33 Lakhs hinausging. Der Abschluß der Verwaltung zu Beginn des Aprils wies 130 Lakhs an Silbergeld auf, während am 12. 4. der Vorrat unter 1 Lakh gesunken war. Zum Glück wurden die Abhebungen durch einen Sonnabend und Sonntag unterbrochen; während dieser Ruhezeit füllte das Amt seine Bestände wieder auf („Times“ vom 26. 9.). Vorschläge, die darauf hinzielen, die Einlösung der Noten in aller Form überhaupt aufzuheben, sind nicht durchgedrungen, da die indische Verwaltung mit der dafür noch nicht reifen Geistesverfassung der Indier zu rechnen hat. Neuerliche Pläne gehen dahin, der Regierung ein Recht wenigstens auf zeitweilige Einstellung der Silberzahlung zu gewähren, für Konjunkturen nämlich, in denen der Silberpreis über den Silbergehalt der Rupie, wie sie nach der zuletzt festgesetzten Relation zum Pfund Sterling bewertet wird, wesentlich hinausgeht („Times“ Nr. 58 vom 16. 8. 19). Der Präsident der Bank von Bombay äußerte sich dahingegen, daß die Möglichkeit eintretender Uneinlös-

¹⁾ Der Silberkurs ist inzwischen weiter stark gestiegen und hat eine wiederholte Anpassung des Rupienkurses zur Folge gehabt. Die offizielle Parität ist jetzt seit dem 16. 12. 1 Rupie = 2 s 4 d.

barkeit der Noten bereits mit geringerer Besorgnis betrachtet werden könne als früher. Die indischen Pächter hätten an verschiedenen Orten bewiesen, daß sie bereit seien, Papiergeld anzunehmen. Er empfiehlt aber, diesen Pächtern zu gestatten, ihre Pachtsummen im voraus, alsbald nach Verkauf ihrer Produkte, zu entrichten, damit sie in der Zwischenzeit nicht die Gefahr der Vernichtung ihres Geldes durch irgend einen Unglücksfall liefen. Befürchtungen dieser Art seien es, die die Eingeborenen veranlaßten, Metallgeld vorzuziehen.

Nach Beendigung des Krieges hat mit einer laxeren Handhabung der englischen Politik der Goldkonzentration auch die Goldzufuhr nach Indien wieder eingesetzt. Während der fünf dem Krieg vorangegangenen Jahre wurden durchschnittlich jährlich ungefähr 20 Mill. £ Gold nach Indien eingeführt. Während des Krieges jedoch überstieg der gesamte Import kaum wesentlich die Zufuhr eines einzigen dieser Friedensjahre. Er belief sich auf nur 26 Mill. £. Die Zufuhr von Silber und Gold erfolgt nur durch die Regierung und ist an Lizenzen gebunden, jedoch wird die Beseitigung dieser Bestimmungen angestrebt.

Der Goldpreis, den Indien zahlt, ist vom amerikanischen Wechselkurs abhängig geworden, denn Indien muß mit der Konkurrenz Amerikas rechnen und darf daher bei seinen Gold-

einkäufen keinen geringeren Gewinn bieten als die Vereinigten Staaten. So setzte beispielsweise die indische Regierung am 16. 9. den Goldpreis auf 11 Rupien 11 Annas für den Goldsovereign fest, ermäßigte ihn aber am 30. 9. wieder auf 11 Rupien 9 Annas, weil inzwischen der Dollarkurs entsprechend gesunken war. Bald darauf kehrte sie wieder zu 11 Rupien 11 Annas zurück und am 14. 11. 19 erfolgte, immer im Einklang mit dem amerikanischen Wechselkurs, eine weitere Heraufsetzung auf 11 Rupien 13 Annas für den Sovereign. Am 25. 11. endlich wurde dieser Preis auf 11 Rupien 2 Annas normiert. Dem entspricht ein Satz von 1 Rupie für 10,1622 Grains feines Gold. Neuerdings hat auch Amerika erhebliche Goldsendungen nach Indien gerichtet, so Anfang Oktober 3 Mill. \$ Goldbarren, die aus Beständen der New Yorker Federal Reservebanken entnommen wurden.

Das Steigen des Rupienkurses benachteiligt alle diejenigen, die in Indien zu kaufen haben (Tee, Kautschuk), da sie, um ihre Bezüge in Rupien bezahlen zu können, einen höheren Betrag in Pfund Sterling entrichten müssen als bisher. Umgekehrt werden die indischen Verkäufer durch die Rupiensteigerung, von besonders gearteten Einzelfällen abgesehen, begünstigt.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

England

Das Kohlenproblem — Greys Heimreise — Wuchergesetzgebung — Der Zusammenbruch des Pfundkurses — Geldmarkt, Banken und Börse

Der Vorstoß, den die englischen Arbeitervertreter im Parlament zur Herabsetzung der Kohlenpreise gemacht haben (Nr. 46 S. 381), ist von Erfolg gekrönt gewesen. Die Zahlen, die Hodges der Regierung vorgelegt hatte, machten es aller Welt offenkundig, daß der Kohlenbergbau infolge der außerordentlich hohen Exportpreise große Gewinne abwerfe und somit konnte die Regierung den Wünschen des Volkes nach billigeren Kohlen keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Eine Herabsetzung des Preises für Hausbrandkohle um 10 s je t wurde mit Gültigkeit vom 1. 12. verordnet. Gleichzeitig wurde der Preis für Bunkerkohlen auf den Preis der der Industrie zur Verfügung stehenden Kohle herabgesetzt, dieser selbst aber nicht verändert und auch der Preis der Exportkohle in seiner Höhe belassen. Nach den Erläuterungen, die Sir Auckland Geddes, Präsident des Handelsamtes und Vorsteher des Departements der Kohlenkontrolle, im Unterhaus zu dieser Maßregel am 28. 11. gab, hat sich die Ausbeute in der letzten Zeit erfreulich gehoben (in der letzten seiner Rede vorausgehenden Woche, für welche Zahlen vorlagen, auf 4,8 Mill. t). Auch die Förderung je Mann hatte sich günstig entwickelt. Seit der Herabsetzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau gemäß den Sankeyvorschlägen war der November der beste Monat.

Die Kohlenknappheit, die am Weltmarkt durch den amerikanischen Kohlenstreik verschärft worden war, hatte in allen Ländern eine unvorhergesehene Nachfrage nach Kohlen erzeugt. Die englischen Kohlengruben konnten diese günstige Konjunktur ausnutzen und taten es, obschon im Inneren des Landes Kohlenmangel herrschte, ja Fabriken aus diesem Grunde still gelegt werden mußten. Sir A. Geddes rechtfertigte diese scheinbar unnationale Exportpolitik damit, daß der Mangel an Transportmöglichkeiten eine Belieferung des Binnenlandes unmöglich machte. Auch die Küstenschifffahrt litt unter den hohen Preisen der Bunkerkohle, die dazu führten, daß die Reeder ihre Schiffe anderweitig verwandten. Daher die Herabsetzung des Preises

für Bunkerkohle. Dagegen ließ die gewaltige Hochkonjunktur der Fertigindustrie es nicht erforderlich erscheinen, den Kohlenpreis für die Industrie herabzusetzen.

Durch die Herabsetzung der Kohlenpreise für den Hausbrand wären die Kohlengruben, die Hausbrandkohlen fördern, geschädigt worden, während die Exportgruben in die Lage gekommen wären, riesige Gewinne einzuheimsen. Die Frage der gesetzlichen Beschränkung der Gewinne im Kohlenbergbau ist dadurch ins Rollen gekommen. Die Sankeykommission hatte seinerzeit eine Garantie der Gewinne von 1 s 2 d je t Kohlenförderung verlangt. Am 5. 12. haben nunmehr Sir Auckland Geddes, Sir Robert Horne und Mr. Bridgeman einen diesbezüglichen Gesetzentwurf im Parlament eingebracht. Es handelt sich dabei allerdings nur um ein Notgesetz, das bis zum 31. 3. 1920 in Kraft bleiben soll. Jeder Kohlengrubenbesitzer soll danach berechtigt sein, einen Zuschlag von 1 s 2 d auf die Produktionskosten der Kohle zu erheben. Diese Gewinne sollen in eine gemeinsame Kasse fließen und dann unter die Kohlengrubenbesitzer verteilt werden. Als Schlüssel zu dieser Verteilung gilt der Anteil des Gewinnes einer Kohlengrube am Gesamtgewinn der Kohlengruben vor dem Krieg. Weiter werden die Entschädigung unrentabler Gruben, Maßregeln bezüglich der Kriegsgewinnsteuer und die Verwendung eines etwaigen Mehrgewinnes geregelt.

Die zeitliche Beschränkung des Gesetzes wird von der englischen Arbeiterschaft als eine sophistische Umgehung der Sankeyvorschläge, zu deren Erfüllung die Regierung Lloyd George's sich verpflichtet hatte, betrachtet (wohl nicht mit Unrecht). Mehr Widerspruch aber findet noch die Verteilung der Gewinne nach der Gewinnrate der Friedenszeit. Durch die Festlegung einer bestimmten Gewinnquote nach der geförderten Menge von Kohlen wollte Sankey einen Anreiz zu einer möglichst starken Förderung schaffen. Dieser Anreiz fällt offenbar weg oder wirkt nur

sehr indirekt, wenn das Gesetz in der gegenwärtigen Fassung zur Annahme gelangen sollte. Abänderungen und Kompromisse standen daher von vornherein noch zu erwarten.

Durch die Vertagung des Parlaments vor Weihnachten sind sie zur Gewißheit geworden. Die Ferien werden ungefähr 6 Wochen dauern, und haben als wichtigste Folge, daß alle Gesetze, die noch nicht erledigt sind, wieder von neuem eingebracht werden müssen. Eine große Zahl der wichtigsten Maßregeln wird hierdurch betroffen: die Antidumpingbill, die Reformbill für Irland, die oben genannte Kohlenbill unter anderen.

Auch andere Versprechungen Lloyd George's scheinen sich nicht zu verwirklichen. So ist das Kleinwohnungsbauprogramm vom vorigen Frühjahr über den Haufen geworfen und durch ein anderes ersetzt worden, ohne daß auch nur ein Stein gerührt worden wäre. Die Schwierigkeit der Beschaffung von Material, Arbeitern und vor allem von Kapital scheinen dies verursacht zu haben. Nach dem neuen Programm soll die Regierung ermächtigt werden, beim Bau von Arbeiterwohnungen den Bauunternehmern Unterstützungen im Gesamtbetrage von nicht über 15 Mill. £ zu gewähren. Geschehen ist aber bisher noch nichts.

Das Ergebnis der Maßregeln gegen den Wucher muß ebenfalls als höchst kläglich gelten. Strafen sind noch nicht verhängt worden, jedoch wurde eine große Menge von ganz geringfügigen Einzelfällen behandelt. Meistens waren es Klagen, bei denen das Schuldobjekt nur wenige Schillinge oder Pfund wert war. Man verspottet das Gesetz ganz öffentlich. Das wichtigste ist vielleicht, daß die Regierung selbst auf Grundlage desselben des Wuchers beschuldigt wurde, weil sie beim Verkauf von Kriegsmaterial (Textilien) die günstige Konjunktur wahrgenommen, und, statt die Preise zu werfen, übermäßige Gewinne eingesteckt habe. Eine Kommission untersucht diesen Fall.

Den inneren Schwierigkeiten stellen sich nicht geringe äußere zur Seite. Vor allem sind die Beziehungen zu Amerika entschieden als gespannt zu bezeichnen. Auf die Gründe hierfür ist an dieser Stelle nicht näher einzugehen, aber die Tatsache, daß Viscount Grey, auf dessen Tätigkeit man die größte Hoffnung gesetzt hatte, Anfang Januar aus den Vereinigten Staaten zurückkehrt (und seinen Posten als Botschafter voraussichtlich nicht wieder übernehmen wird) ohne auch nur sein Akkreditiv überreicht zu haben, ist bezeichnend genug. Die „Times“ schreibt dazu lakonisch: „Er war jetzt beinahe drei Monate in Amerika, doch infolge der Krankheit des Präsidenten Wilson war er nicht in der Lage, sich dem Weißen Haus zu nähern. Man hofft, daß nicht wieder ein Interregnum in der Besetzung der dortigen Botschaft, wie nach dem Ausscheiden von Lord Reading, eintreten wird.“

Es liegt nahe, den Zusammenbruch des Pfundkurses — das Pfund Sterling notierte Mitte Dezember ca. 3,70 \$ — gleich etwa 24 % unter pari — mit den gespannten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in Verbindung zu bringen, umso mehr als dem Eingreifen der Union eine Stabilisierung des Pfundkurses während des ganzen Krieges zu verdanken war. Für den englischen Geldmarkt ist die Wirkung katastrophal. Beschönigend erklärt die „Times“ den Zusammenbruch des Pfundes damit, daß Kapitalisten und Bankiers wegen der Unsicherheit der Währung ihre Guthaben von London zurückzögen. Aber gerade darin liegt ja das Verhängnisvolle. Wegen der Unsicherheit der Währung in den anderen Ländern des Weltmarktes hielt der Bankier vor dem Krieg seine Hauptguthaben in London, und der

Londoner Wechsel galt sogar in Deutschland mehr als eine deutsche Primadiskonte: der Pfundwechsel war, da er jederzeit tatsächlich in Gold eingewechselt werden konnte, so gut wie jeder Kursschwankung enthoben. Wenn heute in England Gold mit über 111 s je Unze notiert (bei einem Münzpari von 84 s 11 $\frac{3}{4}$ d) ist es klar, daß der internationale Bankier kein Interesse mehr daran hat, Guthaben am Londoner Markt zu halten. Mit der Goldwährung steht und fällt das Prestige Londons in diesem Sinne. Außerdem muß man damit rechnen — und das gilt für jeden, nicht nur für den Deutschen —, daß in London deponierte Gelder, wie die Kriegsmaßregeln bewiesen haben, gewaltsamen Eingriffen von Seiten des Staates ausgesetzt sind. Aber nicht nur ausländische Bankiers ziehen ihre Guthaben von London zurück; wie man aus der „Times“ entnimmt, beginnen auch englische Häuser ihre Kassenbestände nach New York zu verlegen. Englische Städte, für die doch früher der Londoner Markt allein in Frage kam, suchen in Amerika Kredit, und zeitweilig waren sogar Gerüchte im Umlauf, daß die Zinsen für die in Amerika aufgenommenen Anleihen, die bekanntlich für das laufende Jahr gestundet wurden, auch noch weitere zwei Jahre gestundet werden sollten. Daß Frank und gar Lire noch mehr der Entwertung ausgesetzt sind als das Pfund, ist kein Trost. Im Gegenteil, es erschwert die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Frankreich und Italien. Dagegen hat die Industrie Englands fast auf jedem Gebiet eine Hochkonjunktur zu verzeichnen.

Trotzdem war die Stimmung an der Börse, besonders in der letzten Zeit, nicht gerade rosig. In erster Linie mag dies auf eine Reaktion gegenüber allzu großer Zuversicht in den früheren Wochen zurückzuführen sein. Befürchtungen wegen einer weiteren Erhöhung des Banksatzes, Beunruhigung wegen der internationalen Schwierigkeiten, der Arbeiterverhältnisse, vor allem aber auch wegen der Valuta kamen hinzu. Sogar die große Geldflüssigkeit kam der Börse wenig zu gute, die Hochflut von Neuemissionen, die schon seit langem drohte, beanspruchte nicht nur das an sich schon vorhandene Geld, sondern auch die zum Bezahlen der Anleihezinsen vermittelst von „Ways and Means Advances“ fabrizierten Millionen. So kamen z. B. an einem Tag, dem 30. 11., Prospekte über Neuemissionen im Gesamtbetrage von 10 $\frac{3}{4}$ Mill. £ heraus. Besonders viel Kapital wurde in der Baumwollindustrie investiert, wo die Ausdehnung des Cotton Trust und der Ankauf englischer Werke durch diesen großes Aufsehen erregte. Weitere Ereignisse, die die Börse bewegten, war die im allgemeinen freudig begrüßte Ablehnung einer Prämienanleihe im Unterhause mit einer überwältigenden Majorität; neue Fusionen im Bankgewerbe, die Aufhebung der letzten Beschränkungen der Emissionstätigkeit für auswärtige Effekten, sowie das Erscheinen des Schlußberichts des Cunliffe Komitees über die Bank von England und den Geldmarkt. Das Komitee stellt sich im allgemeinen auf den Standpunkt der Bankakte von 1844, lehnt es ab, neuerdings Reformvorschläge zu machen und bestätigt im allgemeinen die Vorschläge des ersten Berichts. Demzufolge hat sich nunmehr auch die Regierung geäußert. Sie akzeptiert die Vorschläge und setzt fest, daß die Ausgabe von nicht durch Gold oder Noten der Bank von England gedeckten Notstandsnoten in keinem Jahr über das Maximum des Vorjahres hinausgehen darf. Eine Ausnahme ist nur statthaft, wenn eine Erhöhung der Banknote Platz greift, „entsprechend den Vorschriften von 1914“ (das heißt, wenn der Bankdiskont auf 10 % erhöht wird). Man hofft, auf diese Weise allmählich das ungedeckte Papiergeld aus der Welt zu schaffen. Das ungedeckte Maximum betrug im laufenden Jahre 320,6 Mill. £, und gegenwärtig ist der Umlauf nur um rund

9 Mill. £ geringer. Die Grenze ist also noch sehr nahe und eine rasche Verminderung somit vor der Hand nicht zu erwarten.

Endlich ist in diesem Zusammenhang noch der offizielle Bericht des Komitees über die amerikanischen Werte (American Dollar Securities) zu erwähnen, der endlich

Zahlen über den Ankauf und die Beleihung von Dollarwerten zur Stabilisierung der Pfundkurse durch das englische Schatzamt bringt. Im ganzen sind danach 256 Werte aufgerufen worden: für 216 Mill. £ wurden Werte gekauft und für 406 Mill. £ Werte beliehen.

Dr. Th. Plaut

Australien

Spaltung der Labour Party — Ausbau der Schiedsgerichte — dennoch Streiks — Zentralisierung der Gewerkschaften

Der Krieg hat nicht nur in den unterlegenen Staaten soziale Umwälzungen verursacht, sondern trägt seinen zersetzenden Einfluß auch auf entlegene Gebiete. So ist Australien, das sich vor dem Kriege gern als das Land der sozialen Wunder, als das Muster von ausgeglichenen sozialen und politischen Gegensätzen preisen hörte, heute vor tiefgreifende Probleme sozialpolitischer Natur gestellt. Die Entwicklung der Arbeiterfrage hatte sich bislang in ruhigen Bahnen vollzogen. Stufenweise gelangte die Politik von dem ersten Gewerkschaftskongreß im Jahre 1879 mit der Forderung des Achtstundentages und dem Verbot der ostasiatischen Einwanderung, über das 1884 geforderte allgemeine und gleiche Wahlrecht zur Erkenntnis der Machtstellung, die der Arbeiterschaft in der Schaffung einer gewerkschaftlichen Organisation geboten ist. Nach dem in seinen Hauptforderungen mißglückten Generalstreik des Jahres 1890 setzten die Arbeiterführer denn auch eine so erfolgreiche Propaganda in Szene, daß der Einfluß der Labour Party, die nach der Föderation, der sogenannten Commonwealth, noch eine erhebliche Verstärkung ihrer Bedeutung erlebte, im Jahre 1904 zum ersten Arbeiterministerium unter Watson führte. 1908 übernahm Fisher, gleichfalls aus ihren Reihen hervorgegangen, die Leitung der Regierung, um sie erst im Kriege an den sogenannten Arbeiterführer Hughes abzugeben, der Persönlichkeit dieses Mannes setzte dann die Wendung der Entwicklung ein.

Bis zum Kriege hatte die Arbeiterpartei sowohl in den Einzelstaaten als auch im Bundesstaat die absolute parlamentarische Mehrheit. Das einzige Gegengewicht lag bei der Liberalen Partei, deren 32 Sitze von den 42 der Arbeiterpartei aufgehoben wurden. Die Haltung der Labour Party war gemäßigt sozial, ohne kommunistische, internationale und religiöse Tendenzen auf allmähliche Reform gerichtet. Hierin trat eine Änderung im Laufe des Krieges ein, die für das Parteileben des Landes entscheidende Folgen zeitigte. Die Gründe sind mannigfaltig: Anlaß war zunächst die Frage der allgemeinen Dienstpflicht, die von Hughes nach der Rückkehr von seiner Englandreise im Herbst 1917 aufgerollt wurde. Innerhalb der Labour Party, insbesondere ihrer Leitung, begegnete der Ministerpräsident dem heftigsten Widerstand. Eine daraufhin veranstaltete Volksabstimmung, deren Ergebnis seinerzeit unnötig hingezogen wurde und so die Krisis verschärfte, ergab eine Ablehnung. Das ganze Verfahren war von starken Unruhen begleitet, die besonders in den Kreisen der Bergleute Widerhall fanden und in Queensland zu tätlichen Angriffen auf Hughes führten. Die Parteileitung erreichte daraufhin den Ausschluß der für die Dienstpflicht eintretenden Abgeordneten. Hughes, der auch dazu gehörte, konstituierte sich nun mit seinen 23 Anhängern als National Party, aus der er im Auftrage des General-Gouverneurs sein jetziges Kabinett bildete, obgleich er wiederholt öffentlich erklärt hatte, daß er bei einem negativen Resultat der Volksabstimmung unbedingt von der Staatsleitung zurücktreten würde. Die andere Hälfte der alten Labour Party nahm jetzt einen radikaleren Kurs auf in Anlehnung an die amerikanischen International Workers,

Für diese Entwicklung, die der Spaltung der deutschen sozialdemokratischen Fraktion im Kriege entspricht, ist die Frage der Dienstpflicht nicht der einzige Grund gewesen. Vor allem ist in Australien, ebenso wie in den europäischen Staaten, die Lage der handarbeitenden Klasse infolge der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung, der teuren Fahrt zur Arbeitsstätte und der Vergütungssteuern eine so viel schlechtere geworden, daß die periodenweise erkämpften Lohnzulagen um so weniger Abhilfe schufen, als bis zu dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Tarife diese schon wieder unzulänglich geworden waren. Die Ungewißheit über die Dauer des Krieges, dessen Folgen sich in den Familien der Soldaten allmählich immer drückender bemerkbar machten — die staatliche Unterstützung konnte die Not nicht von der Schwelle des Hauses halten — trug ebenso wie die unmäßigen Kriegsgewinne gewisser Kreise dazu bei, das Gefühl demokratischer Gleichheit zu untergraben, das in früherer Zeit in den australischen Arbeiterklassen die Grundlage für eine gemäßigte und einsichtsvolle Haltung gewesen war. An diesem Mißverhältnis tragen die Unternehmer zum Teil selbst Schuld, da sie in ihrer parlamentarischen Vertretung, der Liberal Party, streng individualistischen Wirtschaftsprinzipien huldigten, die sie gerade bei der Regierungspolitik des staatlichen Arbeiterschutzes eine um so ablehnendere Haltung einnehmen ließen. Die einseitige Handhabung der Vereinsgesetze, die viele Arbeiterführer und Gewerkschaftsmitglieder ins Gefängnis brachte, hat nicht weniger als die Zensur der gewerkschaftlichen Korrespondenz bei Streiks zur Verschärfung des Konfliktes beigetragen. Ein weiterer Punkt, in dem viele Sozialisten von der Politik Hughes' und der National Party abweichen, ist die entgegenkommende Stellung der Regierung zur Einwandererfrage. In der Tat würde die ostasiatische Einwanderung, der die Regierung nicht den bislang geübten strengen Widerstand entgegensetzt, das ganze mühsam errichtete Gebäude sozialer Gesetzgebung durch die Lohn-drückerei der Kulis umstürzen.

Alle diese Gründe haben zusammengewirkt, um die Spaltung innerhalb der Labour Party zu vollziehen. Der gemäßigte Regierungsfügel, der unter dem Einfluß der Kriegspropaganda 1917 besonders unter den Industriearbeitern von Sidney und Melbourne seine Anhänger zählte, wird bei den Neuwahlen im Frühjahr 1920, die erst nach Rückkehr der Soldaten, unter denen sich aber gleichfalls diese Trennung vollzogen hat, starke Widerstände zu überwinden haben. Ihre Tendenzen bewegen sich auf dem Gebiete der Wohlfahrts-, Wohnungs- und Versicherungspflege.

Die radikale Labour Party stützt sich besonders auf die jüngeren und die ungelerten Arbeiter sowie auf die Bergarbeiter und Seafente. Die Ziele dieser Gruppe sind teilweise äußerst grundlegender Natur. So verlangen sie eine gesetzliche Vorzugsstellung der Gewerkschaften, Aufhebung der Strafandrohung für Streikende, freie Fahrt zur Arbeitsstätte usw. Aus dieser politischen Verschiebung

der Kräfte, die sich nach den Wahlen erst in ihrer ganzen Bedeutung zeigen wird, ist eine entscheidende Bewegung der Wirtschaftsorganisation zu erwarten.

Es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß von seiten der einzelnen Bundesstaaten mancherlei Fortschritt sozialpolitischer Art aus eigenem Antrieb erfolgt ist. Die Machtstellung der Gewerkschaften war selbst von den Unternehmern anerkannt worden, hat doch die Zahl der organisierten Arbeiter, mit Ausnahme der Hausangestellten und Landarbeiter, 90 % betragen, also über das Doppelte wie in Deutschland. Auch der achtstündige Arbeitstag, in den meisten Betrieben sogar die vierundvierzigstündige Wochenarbeit, war allgemein eingeführt, ebenso wie Mindestlöhne, die alljährlich von Handels- und Berufskammern festgesetzt wurden und den Vereinbarungen von Unternehmer- und Fachverbänden der einzelnen Gewerbebezüge zugrunde gelegt wurden. In Neu-Südwalles beträgt der Wochenmindestlohn zurzeit 3 £, was für die Unternehmer 750 000 £ Mehrkosten bedeutet. Trotzdem bezeichnen die Arbeiterführer die Löhne als unzureichend. Als Muster galten die Schiedsgerichte, die zwischen Arbeitnehmer und geber vermitteln sollten, um so die für die Volkswirtschaft kostspieligen Streiks überflüssig zu machen. Diese Schiedsgerichte waren zu je 50 % aus Unternehmern und ihren Arbeitern zusammengesetzt. Gegen ihre Entscheidung gab es Berufung beim Zentralgerichtshof. Auf Nichtbeachtung der Schiedssprüche standen hohe Geldstrafen, desgleichen auf Streiks, die man infolge dieser Organisation in allen Fällen als mutwillig ansah. Durch diese Regelung entstand ein Vorteil besonders für die ungelerten Arbeiter, für welche die Gefahr von seiten der Streikbrecher in viel höherem Maße besteht als für gelernte Arbeitskräfte, die nur geringen oder gar keinen Vorteil aus der Einrichtung hatten. So erklärt es sich denn auch, daß in dem „Land ohne Streiks“ heute ebenso energisch zu der ultima ratio gegriffen wird wie bei uns. Im Jahre 1916 befanden sich bei 581 Streiks 284 396 Arbeiter im Ausstand, wodurch 2 599 800 Arbeitstage verloren wurden. Bergbau und Maschinenindustrie standen hierbei an erster Stelle. 1917 fanden 444 Streiks mit 173 970 Ausständigen statt mit einem Verlust von 460 000 Arbeitstagen und einem Lohnausfall von 2,64 Mill. £. Die Unzulänglichkeit des Schiedsgerichtsverfahrens scheint für die Praxis ziemlich erwiesen, wenn man ferner sieht, daß in diesem Jahre ein vierzehnwöchiger Streik der Seelente und ein ebenso langwieriger Kampf der Bergleute stattgefunden hat. Im ersteren handelte es sich um die Zusicherung der Verbesserung von Mannschaftsräumen, Fortzahlung des Lohnes an erkrankte Seelente und eine Erhöhung der Heuer. Der Lohnausfall betrug 3½ Mill. £. Den Reedern sind jährlich 250 000 £ Mehrkosten durch die schiedsrichterliche Bewilligung dieser Forderung auferlegt. Im Bergmannsstreik tritt dies Hinwegsetzen über die Streikvorschriften noch deutlicher zutage. Im Jahre 1916 wurde ein Kohlenamt eingesetzt, das in Übereinstimmung mit den Landesgesetzen einen Lohnvertrag für die gesetzliche Höchstdauer von drei Jahren zustande brachte. Als dann im Jahre 1917 anlässlich der Wehrpflichtfrage die große industrielle Ausstandsbewegung entfesselt wurde, schlossen sich die Bergleute nur in Sympathiekundgebung derselben an. Jetzt sind sie zum Teil in Ausstand getreten, weil sie die Erneuerung des Vertrages von Lohnforderungen abhängig machen, die den Konsumenten 1¼ Mill. £ und den Eisenbahnen allein 300 000 £ jährliche Mehrkosten verursachen würden.

Das Organisationswerk der australischen Arbeiter soll nun die Krönung erhalten in einem sämtliche Arbeitergewerkschaften und -vereine umfassenden Zentralverband, der „One Big Union“

(Obu). Seit dem Kriege wird dieser Gedanke verfolgt und soll nun auf einem Gewerkschaftskongress, der bis zum Mai 1920 berufen werden soll, entschieden werden. Er hat in sich Vertreter aller gewerblichen Verbände sämtlicher Staaten zu vereinigen, die auf der Basis eines Durchschnittslohnes für die einzelnen Arbeitszweige einen Lohn tariff ausarbeiten, für dessen Annahme seitens der Arbeitgeber das gewaltige Druckmittel eines Generalstreiks anlässlich etwa abgelehnter Teilforderungen bürden soll. Eine Kartellierung sämtlicher Unternehmer ist als Gegenmittel in Aussicht genommen. Gegenüber dieser Riesenorganisation erscheinen die weitgehenden sozialpolitischen Vorschläge einzelner Staaten fast als unbedeutend. So hat die Regierung von Neu-Südwalles das Schiedsgerichtsverfahren in folgender Weise ausgebaut: 1. Zuständigkeit der kommunalen und lokalen Einigungsämter auch für Lehrlinge und Frauen. 2. Abschaffung des „Schwitzsystems“ durch gründliche Überwachung der angeordneten Bestimmungen über Arbeitslohn und -zeit. 3. Einsetzen von Laienrichtern zwecks Erhebungen über die Kosten der Lebenshaltung. Diesem Untersuchungsausschuß werden weitgehende Vollmachten ausgestellt bezüglich des Reiseverkehrs und der Einsichtnahme in die private Geschäftsführung. 4. Streiks nur mit Genehmigung der Gewerkschaft, die eine geheime Abstimmung sämtlicher Mitglieder zur Entscheidung zu veranlassen hat. Das Recht zum Streik ist aber prinzipiell nur dann zulässig, wenn innerhalb eines Jahres keine neuen Zugeständnisse mehr erfolgt sind. Ankündigung eines Streiks hat 14 Tage vor Beginn zu erfolgen. — Was soll man aber von diesen Plänen für einen Erfolg erwarten, wenn man die Entschlossenheit sieht, mit der sich die Arbeiter über einen ihnen unbefriedigend erscheinenden Gerichtsbeschuß hinwegzusetzen pflegen?

Die Schiedsgerichte scheinen also nicht den gehegten Erwartungen zu entsprechen. Als einziges Verdienst schreibt man ihrem Einfluß zu, daß die Streiks bislang noch nicht zur Sabotage ausgeartet sind, wie die radikale Partei es empfiehlt. Die Öffentlichkeit, in der sich die gesamten Wirtschaftskämpfe als Folge dieser Institution abspielen, bewirkt als einen weiteren Vorteil, daß das unbeteiligte Publikum sich in seinen Sympathien aus eigener Anschauung entscheiden kann. Die früher geäußerten Bedenken, daß die soziale Arbeitergesetzgebung einen nachteiligen Einfluß auf die industrielle Entwicklung haben würde, hat sich nicht bewahrheitet, vielmehr zeigt das erste Jahrzehnt dieser Versuche eine kräftige Neugründung in allen Betriebszweigen. Wenn aber die Schiedsgerichte die an sie gestellten Anforderungen bezüglich der Umgehung von Ausständen nicht voll entsprochen haben, so bleibt dabei zu berücksichtigen, daß sie einerseits unter Verhältnissen arbeiten mußten, die mit der Unberechenbarkeit jeder wirtschaftlichen Basis als einzigartig zu erachten sind. In Zeiten derartiger Preisschwankungen scheint es schierlich unmöglich, gerechte Arbeitsbedingungen zu ermitteln, die von beiden Seiten als angemessen und befriedigend anerkannt werden. Unter normalen Verhältnissen hätten diese Maßnahmen zweifellos eher Aussicht auf Erfolg gehabt. Andererseits kann man nicht leugnen, daß dem Lande durch seine Friedensarbeit auf sozialem Gebiete ein Vorsprung bei den heutigen Tagesfragen gesichert ist, indem einmal politisch und ökonomisch geschulte Köpfe die Führung halten statt unerfahrener Heißsporne, zum anderen aber aus dem Material der bereits bestehenden Einrichtungen sich eine Grundlage für die Reformen herleiten läßt. Vielleicht hat der australische Staat es diesem sozialpolitischen Ventil zu verdanken, wenn er aus der augenblicklichen Spannung ohne Schiffbruch hervorgeht.

Geld und Kapital

Geldverfassung und Währungspolitik

Der nunmehr der deutschen Nationalversammlung vorliegende Entwurf des neuen Bankgesetzes enthält noch zwei wichtige Neuerungen (vgl. W.-D. Nr. 51). Mit Genehmigung der Reichsregierung und des Reichsrats können Zweig-Anstalten auch außerhalb des Reichsgebiets betrieben werden. Außerdem ist nunmehr die Reichsbank bis zum 31. 12. 1930 befugt, zum Zwecke der Erfüllung eigener Verbindlichkeiten in ausländischer Währung, Devisen auf Zeit zu kaufen, und zu diesem Zwecke gekaufte Devisen auf Zeit wieder zu verkaufen. Während die letzte Bestimmung zur Erleichterung der Außenhandelsfinanzierung getroffen wurde, steht die erstere wohl mit der Danziger Währungsfrage in Verbindung.

Das Reich hat ein neues 50-Pfennigstück aus Aluminium herausgegeben, das einen Durchmesser von 23 mm und einen gerippten Rand aufweist.

Nachdem nunmehr die Nationalversammlung den Gesetzentwurf über die Suspension des Goldzolles angenommen hat, geben wir nachstehend eine Übersicht des amtlich festgesetzten Goldagios:

3. 8. bis	9. 8. . .	240 v. H.	5. 10. bis	11. 10. . .	425 v. H.
10. 8. "	16. 8. . .	275 "	12. 10. "	18. 10. . .	450 "
17. 8. "	23. 8. . .	280 "	19. 10. "	25. 10. . .	490 "
24. 8. "	30. 8. . .	315 "	26. 10. "	1. 11. . .	520 "
1. 9. "	6. 9. . .	365 "	2. 11. "	8. 11. . .	520 "
7. 9. "	13. 9. . .	365 "	9. 11. "	15. 11. . .	590 "
14. 9. "	20. 9. . .	385 "	16. 11. "	22. 11. . .	690 "
21. 9. "	27. 9. . .	475 "	23. 11. "	29. 11. . .	775 "
28. 9. "	4. 10. . .	475 "	7. 12. "	13. 12. . .	830 "

Nach einer Meldung aus Valparaiso hat das chilenische Parlament in erster Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer staatlichen Zentralbank genehmigt. Die Bank soll den gesamten Notenumlauf und die Festsetzung des Peso Goldwertes kontrollieren, sowie Devisenpolitik treiben. („Deutsche Auswandererzeitung“ Nr. 36 v. Dezember.)

Die südafrikanische Union beschränkt die Goldausfuhr dahin, daß die Ausfuhr von Goldmünzen außer für persönliches Taschengeld von höchstens 5 £ und von ungemünztem Gold und Goldschmuck nur auf Grund behördlicher Ausfuhrscheine gestattet ist. („Government Gazette Pretoria“ Nr. 216 v. 26. 9.)

Der Ankaufspreis für ausländisches mit Regierungserlaubnis eingeführtes Gold ist in Indien auf 11 Rupien, 13 Annas (bisher 11 Rupien, 11 Annas) pro Sovereign, dementsprechend für Barrengold auf 9,57 statt 9,66 Grains Feingold pro Rupie festgesetzt worden. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 921 v. 10. 12.)

Schiffahrt und Schiffbau

England

Achtstündige Arbeitszeit für die Seefahrt. Der Seefahrer-Bund (The Seafarer's Joint Council) hat beschlossen: „durch Abhaltung öffentlicher Versammlungen in ganz England die Nation von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die 48stündige Arbeitswoche auch für die Schiffahrt gelten muß.“ Hb.

Reedereiverkauf. Die Western Counties Shipping Co., Ltd. (Edwards Sons & Co.), Cardiff, hat die Flotte der Moor Line, Ltd. (Runciman), Newcastle, käuflich erworben. Sie besaß selbst 4 Dampfer von 23 700 t Tragfähigkeit, die mit 16 £ je t zu Buch standen. Die Moor Line, Ltd., verkaufte ihre 13 Dampfer von 82 000 t Tragfähigkeit zu 22 £ je t, so daß die Flotte der Western Counties Shipping Co., Ltd., nunmehr bei 105 700 t Tragfähigkeit einen Durchschnittsbuchwert von 20,16 £ hat. Die Western Counties Shipping Co., Ltd., erhöht gleichzeitig ihr Kapital von 274 000 £ auf 1 250 000 £ durch Ausgabe von 976 000 neuen 1 £-Aktien, welche mit den alten gleichberechtigt sind.

Die Moor Line, die noch umfangreiche Frachtverträge auszuführen hat, wird die verkauften Schiffe durch den Ankauf neuer für ihre besondere Zwecke geeigneterer Dampfer ersetzen. Hb.

Die P. & O. Company hat nach ihrem Bericht für das am 30. 9. 19 abgelaufene Geschäftsjahr im Kriege 25 Dampfer von

Das Pfund Sterling hat nunmehr ein Disagio gegenüber der Rupie von 70 %. Das öffentliche Angebot der Indienwechsel wird längst nicht mehr der Anfrage gerecht. Aus diesem Umstand erklären sich die großen Goldverschiffungen, die seit Wochen von Südafrika oder über London—New York nach Indien gehen.

Staatsanleihen

Die ungarische Regierung erklärte nach dem „Vilag“, daß sie in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein würde, die Kupons der Kriegsanleihe einzulösen, daß aber der Staat die Garantie übernehmen würde für seitens der Banken in Ausnahmefällen gegen Kriegsanleihe zu gewährende Lombardkredite bis zur Höhe einiger Tausend K („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ Nr. 142 v. 13. 12.).

„Ceské Slovo“ erklärt, daß bis jetzt 1,6 Milliarden K der tschechischen Staatsanleihe gezeichnet worden sind und alle dem widersprechende Nachrichten tendenziös seien. („Agence économique et financière“ v. 5. 12.).

Nach Angaben Bilinsky's vor dem Warschauer Parlament beläuft sich die polnische Auslandsschuld auf 5,7 Milliarden M, darunter 0,9 Mill. £ an England, 114 Mill. fr an Frankreich, 143 Mill. \$ an Amerika, 6½ Mill. Lire an Italien und annähernd 17 Mill. fl an Holland. („W. d. A.“ Nr. 279 v. 4. 12.).

Nach dem „Economista“ hat die spanische Regierung die argentinische Anleihe von 500 Mill. Peseten nunmehr genehmigt. Das Bankenkonsortium will die Anleihe durch Diskontieren von Wechseln gewähren, die von einem Konsortium argentinischer Banken mit der Bürgschaft der argentinischen sowie der spanischen Regierung ausgegeben würden. Dem „Economista“ erscheint es jedoch zweifelhaft, ob das spanische Finanzministerium dieses Diskontierungssystem gutheißt und nicht vielmehr die direkte Unterbringung beim Publikum vorzieht. („W. d. A.“ Nr. 279 v. 4. 12.).

Das italienische Finanzministerium hat die Zinsen für gewöhnliche Schatzscheine ab 1. 12. um 25 Centesimi für 100 Lire herabgesetzt. Vom gleichen Tage an werden 3- und 5-jährige Schatzscheine zu 5 % nicht mehr ausgegeben. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ Nr. 141 v. 12. 12.).

Aus nordamerikanischer Quelle verlautet, daß die Regierung von Ecuador von italienischen Banken ein Darlehen von 40 Mill. \$ zur Verwendung für öffentliche Arbeiten erhalten hat. Die italienische Regierung garantiert das Darlehen, dessen Zinsen mit den Einkünften der Tabakssteuer bezahlt werden sollen. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ Nr. 139.)

186 703 Br. R. T. verloren. Die Flotte, welche bei Kriegsausbruch aus 68 Dampfern von 551 468 Br. R. T. bestand, umfaßt jetzt 63 Dampfer von 552 717 Br. R. T. Ein umfangreiches Bauprogramm, das sich über mehrere Jahre erstreckt, ist in der Ausführung begriffen.

Nach Rückstellung von 1 Mill. £ für Reserve, Schäden und Wohlfahrt verbleibt einschließlich 91 727 £ Vortrag ein Gewinn von 651 257 £ verfügbar, woraus 5 % auf die Vorzugsaktien und 12 % auf die Stammaktien ausgeschüttet werden, während 115 230 £ zum Vortrag bleiben. Von den Reserven wird ein Betrag von 200 000 £ kapitalisiert und den Stammaktionären im Verhältnis ihres Aktienbesitzes zugeteilt. Die Kapitalreserve beträgt 2 Mill. £, die Schadensreserve 1 Mill. £, Assekuranzreserve 2 Mill. £ und Wohlfahrtsreserven 300 000 £.

Wie ferner mitgeteilt wird, hat die Gesellschaft sich durch Aktienkauf die Kontrolle über die Khedivial Mail Steamship & Graving Dock Co., Ltd., gesichert. Hb.

Außenhandel und Schiffsverkehr. In den 11 Monaten, also von Januar bis November 1910, betragen nach den Veröffentlichungen des Handelsamtes in £:

	1910	1911
die Einfuhr.....	1 465 825 763	1 204 295 926
die Ausfuhr.....	845 676 747	488 034 352

der Gesamtaußenhandel 2 311 502 510 1 692 330 278
Gleichzeitig betrug der Schiffsverkehr in allen Häfen Großbritanniens in Br. R. T.:

A. In der Einfahrt		1919	1918	1917
britische Schiffe	19 917 323	18 114 583	17 389 274	
fremde	11 268 116	7 148 980	8 526 382	
Zusammen	31 185 439	25 263 563	25 915 656	
B. In der Ausfahrt				
britische Schiffe	19 964 695	13 634 145	15 571 778	
fremde	11 268 116	7 148 890	8 526 382	
Zusammen	31 232 811	20 783 035	24 098 160	Hb.

Schiffahrtsamt und Schiffbau. Das Schiffahrtsamt wendet sich in einer öffentlichen Bekanntmachung an diejenigen englischen Schiffsreeder, welche bei der Vergebung von Bauaufträgen an englische Werften Schwierigkeiten haben und ersucht um Einsendung genauer Angaben über Art und Größe der gewünschten Schiffe. Die Mitteilung läßt vorläufig nicht erkennen, ob hier die Absicht einer vermittelnden Aktion zwischen den Reedereien und den Werften zugrunde liegt, oder ob — wie es wahrscheinlich ist — das Schiffahrtsamt auf diesem Wege versucht, Käufer für die noch in seinem Besitz befindlichen Handelsschiffe zu finden. Hb.

Schiffahrtsfragen im Unterhause. Der Abgeordnete, Schiffsreeder Houston, wies darauf hin, daß die Getreidefracht von Argentinien nach dem europäischen Kontinent im freien Markt 200 s für die Tonne beträgt, während für die unter Kontrolle des Schiffahrtsamtes nach England gehenden Getreidetransporte in requirierten Schiffsräumen eine Fracht von nur 62 s 6 d für die Tonne bezahlt wird, daß aber diese Dampfer die für die Reise nötigen Bunkerkohlen aus englischen Kohlenstationen unterschiedslos zum gleichen Preise entnehmen. Es wurde deshalb angeregt, für diese Schiffe je nach der verschiedenen Frachteinnahme auch den Preis für die Bunkerkohlen zu differenzieren. Die Regierung gab die Billigkeit dieser Forderung zu und versprach ihre sorgfältigste Prüfung.

Der Abgeordnete Thorne wies darauf hin, daß in den verschiedenen englischen Häfen 20 Dampfer mit Ladungen von Gefrierfleisch festliegen, und daß ihre Entloshung zurzeit wegen Mangels an Kühlhäusern nicht möglich sei. Die weitere Aussprache ergab, daß auch für die nächste Zeit eine Besserung nicht zu erwarten steht, da die Ankünfte für Dezember auf 57 000 und für Januar auf 60 000 t Gefrierfleisch geschätzt werden, denen nur ein monatlicher Verbrauch von 30 000 t gegenübersteht. In Australien sind die Vorräte inzwischen auf über 120 000 t angewachsen, und die Regierung erklärte, die Lage sei nachgerade derartig prekär geworden, daß bereits Verhandlungen zwischen dem Lebensmittelamt, dem Handelsamt und dem Landwirtschaftsamt eingeleitet seien, welche durch eine Änderung der Preispolitik eine Steigerung des Gefrierfleischverbrauches zum Ziele haben. Gegenwärtig hält sich infolge der hohen Preise der Verbrauch von Gefrierfleisch um etwa $\frac{1}{3}$ unter seinem normalen Stande. Hb.

Frankreich

Dem am 1. 11. d. J. herausgegebenen Bericht des Ministers für öffentliche Arbeiten, Verkehrswesen und die Handelsmarine entnehmen wir über den Gang der Wiederinstandsetzungsarbeiten der Binnenschiffsfahrtswege das folgende: Nördlicher und Pas-de-Calais-Distrikt: Die 367 km zerstörter Kanäle oder Flußläufe sind bis auf 100 km wieder instand gesetzt. Unter letzteren befinden sich Teile des Kanals von Roubaix, der Scarpe inférieure und supérieure, des Lys-Kanals, der Kanäle von Hazebrouck und von Escout, in denen aber auch zum größten Teil die Schifffahrt schon im Laufe des November wieder aufgenommen werden sollte. Die Schifffahrtsverbindungen zwischen Belgien und Paris konnten mit einem Tiefgang von 1,80 m wieder aufgenommen werden.

Im Sambre Distrikt ist die Schifffahrt innerhalb der französischen Grenze seit September wieder aufgenommen. Im Aisne Distrikt ist die Wiederherstellung bis zur Schleuse von Berry-au-Bac beendet, im Somme Canal und Canal de l'Est bis zu einem gewissen Tiefgang. In der Gegend von Reims und Canal des Ardennes lassen die Schwierigkeiten der vorzunehmenden Arbeiten deren Beendigung noch nicht voraussehen. P. W.

Dänemark

Die staatliche Versicherung in Dänemark. Die Kriegsgesellschaft für Kaskos, ins Leben gerufen gemäß Gesetz vom 10. 9. 14, bei der die Regierung mit 35 %, die Reeder mit 50 %,

private Versicherer mit 15 % für jedes Risiko beteiligt waren, erzielte bis zum 31. 3. d. J. einen Gewinn von 42 699 770 Kr:	
Prämieneinnahme, abzügl. Rückgabe	128 939 717 Kr
Rückversicherung	20 358 891 „
	108 580 826 „
Bezahlte Schäden	65 032 112 „
Reserven	43 548 714 „
	848 944 „
	42 699 770 Kr

Im ganzen wurden 27 180 Policen ausgefertigt und die Gesamtversicherungssumme betrug etwa 640 Mill. Kr auf Dampfer und 800 Mill. auf Segelschiffe. 258 Schiffe mit rund 300 000 t gingen verloren.

Die Kriegsgesellschaft für Waren, bei der die Regierung mit 35 %, private Versicherer mit 20 % und ein Syndikat von Banken und Reedern mit 45 % beteiligt waren, erzielte einen Gewinn von 5 784 281 Kr:

Prämieneinnahme, abzügl. Rückgabe	44 417 538 Kr
Rückversicherung	28 871 400 „
	15 546 138 „
Bezahlte Schäden	9 106 086 „
	6 350 052 „
Reserven	505 771 „
	5 784 281 Kr

Japan

Das große Bauprogramm der Nippon Yusen Kaisha. Unter den fremden Schifffahrtsgesellschaften, die während des Krieges ungeheure Gewinne eingeheimst haben, steht die Nippon Yusen Kaisha in erster Reihe. Ihre Entwicklung während der letzten Jahre hat geradezu einen Rekordcharakter. Vergleicht man ihren Stand in den Geschäftsjahren 1913/14 und 1918/19 mit einander, so findet man, daß ihr Aktienkapital sich in diesen fünf Jahren von 22 auf 58 Mill. Yen, ihre Reserven von 39,9 auf 132,5 Mill. Yen erhöht haben und daß die Flotte von 368 700 Br. R. T. auf 427 900 Br. R. T. gewachsen ist, während gleichzeitig der Buchwert der Schiffe sich von 34,2 auf 25,4 Mill. Yen verringert hat. Nach Ausweis des letzten Halbjahrsberichtes verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel im Betrage von 186,7 Mill. Yen. Bei dieser Entwicklung kann es nicht wundernehmen, daß die Gesellschaft sich mit großen Betriebserweiterungsplänen für die Zukunft trägt. Sie hat einer Mitteilung der „Japan Daily News“ zufolge ein gewaltiges Bauprogramm aufgestellt, das bestimmt ist, den Schiffsraum der Gesellschaft innerhalb der nächsten fünf Jahre auf über 1 Mill. t dw zu bringen. Gegenwärtig hat die Gesellschaft zehn Frachtdampfer von etwa 90 000 t dw im Bau. Das weitere Bauprogramm umfaßt nicht weniger als 69 Schiffe mit zusammen etwa 515 000 t dw. Davon sind bestimmt:

a) für den Überseedienst sechs Passagierdampfer von je 18 000 Br. R. T. und 19 Seemeilen-Durchschnittsgeschwindigkeit und 30 Frachtdampfer von je 6—12 000 t dw.

b) für die Küstenfahrt 33 Dampfer von je 2—5 000 t dw. Die 6 großen Passagierdampfer sind zum Teil für den Pazifikdienst zum Teil für die Europa-Route der Gesellschaft bestimmt. Die Gesellschaft war bisher genötigt, zahlreiche Charterdampfer auf ihren Linien zu verwenden. Gegenwärtig laufen in ihrem Dienst noch 30 solcher Schiffe mit einer Gesamttragfähigkeit von 140 000 t dw. Diese Charterräume soll in absehbarer Zeit durch eigenen Schiffsraum ersetzt werden.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Schiffbaukosten würden die Passagierdampfer auf etwa 1000 Yen für die Tonne, die anderen Dampfer auf 5—600 Yen für die Tonne zu stehen kommen. Die Gesellschaft glaubt jedoch mit einer beträchtlichen Verringerung der Preise in den nächsten Jahren rechnen zu dürfen und hofft, daß die Durchführung des gesamten Bauprogramms nicht mehr als 220 Mill. Yen, das wären 360 Yen für die Tonne, in Anspruch nehmen wird. Die Flotte würde sich wie folgt vergrößern:

Gegenwärtiger Schiffsbestand	93 Dampfer mit 571 025 t dw
Gegenwärtige u. zukünftige Neubauten	79 „ „ 613 120 „
	172 Dampfer 1 184 145 t dw
Abzustoßende Schiffe	19 „ „ 69 352 „
Flotte März 1925	153 Dampfer 1 114 793 t dw

A. K.

Rohstoffe und Warenmärkte

Kautschuk

Weltmarkt. Herr Max Koch, Hamburg, schreibt uns: „Am Hamburger Markt hat sich das Geschäft in den letzten Wochen weiter unter der freien Wirtschaft befriedigend entwickelt. Die Einfuhr hat sowohl von den europäischen Märkten wie auch von Übersee erfreulich zugenommen; es sind besonders die in letzter Zeit in verstärktem Maße eintreffenden freien Konsignationen von Para- und Mittelsorten lebhaft zu begrüßen. Da weitere erhebliche Mengen von Übersee zur Verschiffung nach Deutschland gemeldet sind, so zeigt dies, daß die überseeischen Ablader trotz der noch immer recht unbefriedigenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu ihren alten hamburgischen Verbindungen Vertrauen haben und gewillt sind, die früheren Beziehungen wieder auszugestalten.“

Alle gangbaren Sorten fanden denn auch durchweg schlanke Aufnahme zu angemessenen Preisen und es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß gute Mittelsorten, die im Gegensatz zu Plantagenkautschuk lange Zeit stark vernachlässigt waren, und deren Preis auch heute noch als recht niedrig gelten müssen, lebhaft Beachtung seitens der Industrie fanden und in größeren Mengen aus dem Markt genommen wurden. Das Geschäft in Plantagenkautschuk gestaltete sich zeitweise sehr lebhaft. Neben den Standardqualitäten waren besonders braune Crepes stark begehrt. Auch von diesen Sorten sind nunmehr direkte Einfuhren zu erwarten. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sich darin bald ein regelmäßiges Abladungsgeschäft entwickeln wird, wenn unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich einigermaßen befriedigend regeln.

Die Preisentwicklung war natürlich in erster Linie den Einwirkungen der Valutaschwankungen unterworfen, außerdem aber auch der allgemeinen Preissteigerung auf den Weltmärkten und tendierte ständig nach oben. Nur durch intensivste Beobachtung der verschiedenen Märkte und Valuten und durch wagende Initiative bei raschestem Entschluß in der Ausnutzung aller Möglichkeiten konnte der Handel bewirken, daß die Industrie in der Lage war, auf dem Hamburger Markt meist unter der Parität der Weltmarktpreise zum jeweiligen Valutakurs zu kaufen. Über die allgemeine Lage ist festzustellen, daß der stark zunehmenden Erzeugung zurzeit ein stark zunehmender Verbrauch gegenübersteht und daß die Vorräte auf allen Märkten in den letzten Wochen abgenommen haben.

Die Verschiffungen von ostindischem Plantagenkautschuk ohne direkte Verschiffungen von Java und Sumatra betrugen in der Zeit von Januar—November 1919 228 400 t gegen 142 000 t in der gleichen Zeit 1918. Die Zufuhren in Para betrugen von Juli—Oktober 1919 10 160 t gegen 6635 t in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Infolge der starken amerikanischen Käufe verringerten sich die Vorräte in London von etwa 28 000 t auf etwa 24 000 t und die in Antwerpen von 2000 auf 900 t. Die Preise für Standard Crepe und Smoked Sheets zogen am Londoner Markt von 2 s 4 d auf 2 s 7 d je lb an; für braunen Crepe stiegen sie von 1 s 10 d auf 2 s 4 d, während die Preise für Hard fine Para heute mit 2 s 6 1/2 d—2 s 7 d um etwa 1—2 d höher sind, als im August bei einem Preisstand von 1 s 8 d—1 s 10 d für Standard Plantagenkautschuk. Da bei den heutigen Wechselkursen ein Export von Brasilien nach Europa nur in sehr beschränktem Maße möglich ist, so dürften die Preise für Parasorten über kurz oder lang eine erhebliche Steigerung erfahren.“

Niederländisch-Indien. Die Ausfuhr von Java und Madoera betrug in der ersten Hälfte 1919 19 226 t gegen 12 109 t in der gleichen Zeit 1918. Die genauen Zahlen für die Vorjahre lauten in tons:

	Java		Sumatra (Medan)	
	1917	1918	1917	1918
Insgesamt	18 958	17 303	13 278	12 925
Davon nach:				
England	2 192	1 659	2 384	1 301
Ver. Staaten	14 956	6 318	9 236	2 939
Kanada	—	—	—	60
Singapore	1 728	7 551	1 133	7 867
Penang	—	—	382	205
Britisch-Indien	—	—	—	150
Java	—	—	118	203

Japan	—	721	19	—
Australien	—	723	—	—
übrigen Häfen	82	331	6	—

Den geplanten Ausfuhrzoll beabsichtigt man, unter Zugrundelegung des Batavia Preises zu staffeln, so daß je nach dem Preis eine Abgabe von 2,5—4 % erhoben würde. Eine Umfrage unter der Int. Rubber Planters Ass. hat ergeben, daß von 82 Mitgliedern 46 für den Zoll und 36 dagegen waren. Die Belastung würde etwa 1,5 Mill. fl betragen.

Vereinigte Malayen-Staaten. Ausfuhr in tons:

1918	1917	1916
78 225	79 831	62 164

Straits-Settlements. Ausfuhr in tons:

1918	1917	1916
62 376	73 092	48 650

Für den Markt in Singapore, der sich in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Mittelpunkte des Kautschukhandels entwickelt hat, hat die dortige Rubber Ass. zwei Standardqualitäten festgesetzt: Latex Crepe und Fair average quality ribbed smoked sheet (F. A. Q.). Die Bestimmungen fordern, daß erstere Sorte sorgfältig hergestellter, trockener Gummi, frei von Flecken und ohne Spuren von Oxydation sein müsse und die zweite Sorte reiner zäher Gummi ohne Schimmel und Feuchtigkeit und von gleichmäßiger Struktur. Aller Gummi, der als Standardqualität verkauft werden soll, muß mit einem Untersuchungszertifikat versehen sein.

Indochina. Die Anbaufläche der Plantagen gibt das „India Rubber Journ.“ mit 49 400 acres in Cochinchina und 2470 acres in den übrigen Teilen Indochinas an. Die jährliche Zunahme beträgt etwa 2500 acres. Die ältesten Plantagen wurden 1897 angelegt, aber der Großbetrieb stammt erst aus dem Jahre 1907, die Ausbeute betrug 1917 etwa 800 t. Nimmt man den mittleren Ertrag eines Baums mit 800 g an, so kann in einigen Jahren ein Gesamtertrag von 4000 t erwartet werden. Die meisten Plantagen befinden sich in den östlichen Teilen von Cochinchina. Westlich davon, in Cambodscha sind noch weite, unerschlossene Landstriche, die ebenfalls für den Kautschukbau geeignet sein sollen.

Brasilien. Die Ausfuhr betrug:

	1913	1917	1918	1913/18
t	36 232	33 998	22 662	13 570
Wert in 1000 £	10 375	7 484	3 998	6 377
Hevea & Caucho	34 435	31 748	22 211	
Mangabeira	226	314	41	
Manicola	1 556	2 148	405	
Balata	15	1	4	
Sorva	—	4	—	

Im Erntejahr Juli 1918—Juni 1919 betrug die Ausfuhr aus dem Amazonasgebiet 33 149 t, wovon 18 189 auf Para, 13 450 auf Manaos und 1382 auf Iquitos entfallen. Davon gingen 2244 t nach den Vereinigten Staaten und 10704 t nach Europa.

Holland. Seit dem 1. 10. 19 besteht in Amsterdam ein Terminmarkt für Kautschuk. Der Handel findet auf der Basis der holländischen Standardtypen unter Kontrolle der Amsterdamsche Liquidatietas statt. Notiert wurden Hevea Standard Crepe I und Smoked Sheets in cts je 1/2 kg.

Weltproduktion. Holländischen Quellen zufolge wird die Erzeugung für 1920 auf 364 000 t und für 1921 auf 381 800 t geschätzt. Für das laufende Jahr liegen folgende Schätzungen des Weltverbrauchs vor:

Ver. Staaten	220 000	Italien	50 000
Kanada	10 000	Japan	10 000
England	40 000	Übrige Länder	25 000
Frankreich	30 000	Insgesamt	385 000

Die Erzeugung von Plantagenkautschuk betrug in den ersten sechs Monaten 1919 lt. „I. M.“ 67 % mehr als in der gleichen Zeit 1918. Für alle Sorten beträgt die Zunahme 54 %.

Häute, Felle, Leder

Indien. Einer Timesmeldung zufolge beabsichtigt die Regierung Ausfuhrlicenzen für gegerbte Ziegen- und Schaffelle, für Leder und gegerbte und teilweise gegerbte Büffel, Kuh- und Kalbshäute in weitgehendem Maße zu erteilen, auch nach den ehemals feindlichen Ländern.

Ägypten. Die Ausfuhr von Häuten, die in den Jahren vor dem Krieg etwa 250 000 äg. £ betragen hatte, nahm seit 1915 stark zu. 1917 hatte sie einen Wert von 764 000 äg. £.

Australien. Der Wert der Ausfuhr betrug lt. „Handelsberichten“ v. 16. 10. in 1000 £:

	1913	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18
Häute und Felle ...	1657	1380	560	346	364
Leder	628	1165	1106	691	
Häutepreis in d je lb	?	7-9	10 ¹ / ₄ -10 ¹ / ₂	14-16	
Lederpreis " " "	?	14-16	21	24-30	

Marokko. Trotz des großen Verbrauchs von Schaffellen in der einheimischen Industrie ist der Ausfuhrmarkt sehr lebhaft. 1914 betrug die Ausfuhr 1216 Mill. kg i. W. v. 1,5 Mill. fr.

Gerbstoffe

Paraguay. Der Ausfuhrzoll auf Quebracho, der erst kürzlich erhöht worden war, ist lt. „B. T. J.“ v. 13. 1. mit Wirkung ab 20. 9. 19 von 5 auf 8 \$ Gold die metrische Tonne Extrakt erhöht worden.

Argentinien. Die Erzeugung wird für das Jahr 1919 auf ungefähr 170 000 t geschätzt, wovon annähernd 90 % von dem Forestal Trust auf den Markt gebracht werden.

Indien. Die Ausfuhr von Myrobalanen betrug im Durchschnitt der Jahre 1910/11-1914/15 rund 66 000 t. 1915/16 wurden 69 933 t i. W. v. 70 Mill. Rup. ausgeführt.

Drogen und Chemikalien

Japan. Die Ausfuhr von Pfefferminz einschl. Menthol und Pfefferminzöl betrug 1918 452 000 Kin i. W. v. 2 Mill. Yen gegen 510 000 Kin i. W. v. 2,2 Mill. Yen im Vorjahre. Man erwartet, daß die Preise, die jetzt schon doppelt so hoch sind wie zu Kriegszeiten, noch weiter steigen werden, da die letzte Ernte knapp ist. Über Kampfer liegen folgende Zahlen vor (in 1000 lbs):

	Erzeugung	Ver. Staaten	Europa
1918/19	6 137	2055	913
1917/18	7 945	4129	1045
1916/17	11 506	6525	1726
1915/16	10 389	4211	1706

Niederländisch-Indien. Die Kokaausfuhr von Java und Madoera betrug in 1000 kg:

Jan./Juli insges.	1918	1919
nach Holland	379,7	232,5
„ England	—	143,5
„ Ver. Staaten	221,1	83,1
„ Japan	158,6	4,9

Chinin-Ausfuhr von Java und Madoera in 1000 kg lt. „J. M.“:

erste Hälfte	1918	1919
Chinarinde	1315	2961
Chinin	143,2	265,2

Lt. „Allg. Handelsblad“ bestehen Pläne zur Errichtung einer zweiten Chininfabrik in der Nähe von Bandoeng. Die bestehende Fabrik erhält vertraglich von der Ernte des Jahres 1920 200 000 kg = rd. 40 %. Kürzlich wurde eine neue Anbaugesellschaft mit einem Kapital von 300 000 fl gegründet.

China. Der Süßholzhandel in Tientsin, welcher in den Kriegsjahren einige Bedeutung gewonnen hatte, hat lt. „J. o. C.“ fast ganz aufgehört, da die alten Bezugsquellen, besonders die Türkei und Mesopotamien dem Weltmarkt wieder offen stehen.

Vereinigte Staaten. In Verbindung mit der amerikanischen chemischen Gesellschaft wird die Errichtung eines Instituts zur Erforschung von Drogen geplant.

Früchte

Türkei. Einem Marktbericht der Firma C. J. Girand & Co., Smyrna, entnehmen wir: Die diesjährige Feigenernte im Wilajet Smyrna ist mit 9000 t recht spärlich ausgefallen.

Die Traubenernte ist höchstens 60 % einer Normal-ernte. Die Rosinenernte wird für den Vourlabezirk auf 1600 t und für Karaburnu auf 180 t, zusammen 1780 t, geschätzt. Die Sultanaernte dürfte etwa 28 000 t betragen. Hauptkäufer für Feigen sind die Vereinigten Staaten. Da die Zufuhren sehr gering sind, ist das Geschäft sehr still. Im allgemeinen sind die Märkte in getrockneten Früchten fest und die Preise fortgesetzt anziehend.

Griechenland. Die Korinthen-ernte betrug nach „Burlumis Annual Rep.“ 1918/19 etwa 125 000 t, wovon etwa 100 000 ausgeführt wurden. Die Preise sind hoch, doch haben Amerika und England bereits bedeutende Mengen von der neuen Ernte gekauft. Die Ausfuhr betrug (t):

	1917/18	18/19
Insgesamt	100 000	26 000
davon nach England	86 000	17 000
„ Ver. Staaten und Kanada	4 500	4 000
„ Frankreich	5 000	5 000
„ übrigen Ländern	4 500	—
Spanien. Ausfuhr von getrockneten Früchten in 1000 kg:		
6 Monate 1919	6 Monate 1918	

Mandeln, ungeschält ..	2 470	1138
„ geschält	7 781	2407
Haselnüsse	5 770	4211
Feigen	17 688	9076
Kastanien	2 967	1967
Walnüsse	1 065	932

Die diesjährige Traubenrosinenernte von Malaga beträgt lt. „Kelly Tr. Rev.“ 1,2 Mill. Kisten zu 22 lbs, mithin erheblich mehr als im Vorjahre. Die Mandelernte ist eine Mittelernte, die zu hohen Preisen Absatz findet.

England. Die Regierungsvorräte an Rosinen und Korinthen sollen durch den regulären Handel dem Verbrauch zugeführt werden. Für den Kleinhandel sind Höchstpreise für alle Arten getrocknete Früchte seit dem 24. 10. d. J. neu festgesetzt.

Vereinigte Staaten. Die amerikanischen Obstzüchter haben sich zu der „American Fruit Growers Inc.“ (Kapital 50 Mill. \$) zusammengeschlossen. Es ist beabsichtigt, Standardmarken einzuführen. Der Wert der Ausfuhr an Früchten und Nüssen hat sich in den ersten elf Monaten des abgelaufenen Fiskaljahres (61 Mill. \$) gegen die gleiche Zeit des Vorjahres nahezu verdoppelt. U. a. wurden 1,5 Mill. Faß Äpfel und 1,1 Mill. Kisten Apfelsinen ins Ausland versandt.

Wein

Spanien. Die neue Ernte wird auf 33,7 Mill. dz Weintrauben mit einem wahrscheinlichen Ertrag von 19,9 Mill. hl Most geschätzt. 1918 wurden 38,1 Mill. dz Trauben und 22,5 Mill. hl Most geerntet.

Die Ausfuhr betrug in sechs Monaten:

	1919		1918	
	Mill. hl	Mill. Pes.	Mill. hl	Mill. Pes.
Rotwein	1,409	35,2	0,460	11,5
Weißwein	0,307	10,7	0,076	?

Italien. Die diesjährige Ernte, die anfangs auf 35 Mill. hl geschätzt wurde, hat stark enttäuscht. Sie wird höchstens 31-32 Mill. hl betragen.

Öle, Ölsaaten, Ölfrüchte.

Vereinigte Malayaenstaaten. Die Ausfuhr 1918 betrug 25 490 t Kopra i. W. v. 356 221 £ gegen 21 055 t i. W. v. 202 265 in 1917. 1916 nur 14 806 t. Die Regierung hat zwecks Hebung der Kokoskultur auf der Sapintas Estate eine Musterpflanzung angelegt. Die Ölgewinnung machte trotz der Regierungshilfe nicht die erhofften Fortschritte.

Goldküste. Die Ausfuhr von Palmöl und Palmkernen betrug lt. „J. M.“ v. 21. 11.:

	1000 Gall. Öl	t Kerne	1000 Gall. Öl	t Kerne
1912	1444	14 628	1915	330
1913	860	9 774	1916	450
1914	495	5 633	1917	198

Die Abnahme dürfte auf die Vergrößerung der Kakaokultur zurückzuführen sein.

Britisch-Westafrika. Für die Ausfuhr von Palmkernen und Erdnüssen ist bestimmt worden, daß die Händler und die Eingeborenen nur 10 % bzw. 20 % der an britische Fabrikanten verschickten Mengen nach Ländern außerhalb des britischen Reiches ausführen dürfen. Der seit dem 20. 10. für die vier westafrikanischen Kolonien geltende Ausfuhrzoll für Palmkerne beträgt 2 £ je ton für die Ausfuhr nach außer-britischen Ländern.

Australien. Der Koprahandel mit den Südseeinseln und Neuguinea hat in den Kriegsjahren bedeutenden Aufschwung genommen. Die Einfuhr betrug in 9 Monaten 1918/19 571 658 £, die Ausfuhr 427 315 £ gegen 493 561 £ bzw. 187 098 £ in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Frankreich. Nach amtlichen Schätzungen wird der Ertrag der diesjährigen Oliven-ernte erheblich hinter der des Vorjahres (350 000 dz), die auch ungenügend war, zurückbleiben.